

Initiative »Wir sind Deutschland – Volksgesetzgebung jetzt« I. M. C.

c/o Internationales Kulturzentrum Achberg e. V. 88147 Achberg ☎ 08380-98228 📠 –675
<mailto:wirsinddeutschland@kulturzentrum-achberg.de> ★ www.wirsinddeutschland.org

An die
Damen und Herren BundestagsAbgeordneten
der Großen Koalition
Email-Einzelzustellung
Reichstag
11011 Berlin, Platz der Republik 1

Achberg, 4. Dezember 2005

Betr.: Regierungserklärung der Bundeskanzlerin vom 30. November 2005 und »Öffentliche Petition« zur Ausgestaltung der dreistufigen Volksgesetzgebung

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Im Zusammenhang mit der Regierungserklärung wenden wir uns an Sie als die das Regierungsprogramm der Großen Koalition tragenden Fraktionen. Wir erbitten Ihre Aufmerksamkeit für ein Reformanliegen, das in den Ausführungen der Bundeskanzlerin ebenso unerwähnt geblieben ist wie im Koalitionsvertrag selbst.

I. Frau Dr. Merkel hat unter dem Beifall Ihrer Fraktionen die Regierungserklärung mit der – so sollte es wohl verstanden werden – an das ganze Volk gerichteten Aufforderung geschlossen, »wir« sollten »suchen nach dem, was noch nie so gemacht wurde.« Und sie rief auf zu dem »Mut, das dann auch wirklich durchzusetzen!«

Daran zum einen wollen wir anknüpfen. Zum andern machte sie eingangs ihrer Erklärung auf die wichtige Unterscheidung aufmerksam, dass »ein Volk mehr ist als eine lose Ansammlung von Individuen«, es sei »immer auch eine Schicksalsgemeinschaft.« Sie meinte hinzufügend, dass wenn wir »diese Erkenntnis beherzigen« würden »daraus Kraft und Zuversicht schöpfen können«, um die »großen Herausforderungen« dieser Zeit zu meistern. Und sie wies auf eine weitere wichtige Unterscheidung hin, indem sie erklärte, es gehe »nicht um Gruppen« - es gehe vielmehr »um uns alle, ... um unser Gemeinwesen, um unsere gemeinsame Zukunft«. Und es sollten »die großen Fragen nicht immer aufgegliedert nach Einzelfragen und –interessen« angegangen werden, »sondern ... im Zusammenhang.«

Das sind – schon von ihrem Namen her – alles auch **wesentliche Gesichtspunkte der Initiative »Wir sind Deutschland«** [im Unterschied zu der auf »Individuen« kaprizierten Kampagne »**Du** bist Deutschland«], Gesichtspunkte, die jedoch unserer Wahrnehmung nach in der Regierungserklärung eher unausgeführt geblieben sind. Was nun um so mehr Grund dafür ist, diesen Brief an Sie zu richten und damit die Bitte zu verbinden, auf unser Anliegen, mit dem wir – um Angela Merkel nochmals zu zitieren – in der Tat »etwas verändern« wollen, nicht mit »reflexhaften Aufschreien« im Stil von »eingetübten Ritualen« zu reagieren.

II. Beginnen wir mit der Frage, die sich zum Begriff »Volk« stellt. Hier springt Frau Merkel von der quantitativen Bestimmung, es sei »mehr als eine Ansammlung von Individuen« gleich zu dem, was sie eine »Schicksalsgemeinschaft« nennt, kennzeichnet aber auch diesen Begriff nicht genauer. Man würde gerne wissen, was sie bzw. die Koalition darunter versteht und inwiefern dieser Begriff eine Relevanz für ihre konkrete Politik habe. Denn wenn das nicht aufgeklärt ist, kann sich jede/r etwas anderes darunter vorstellen, was ihn aber sinnlos oder sogar gefährlich fürs Politische machen würde [denken wir nur daran, was der Nationalsozialismus darunter verstand und praktizierte!].

So sehr dies aufzuklären wäre: Wir wollen hier nicht weiter darauf eingehen. Hingegen darauf aufmerksam machen, dass in der Wirklichkeit eines »Volkes« ein anderer Begriff zwischen den beiden in der Regierungserklärung erwähnten liegt. Ihm gilt unsere Aufmerksamkeit als Ziel der Tat unserer Initiative, die wir als »Öffentliche Petition« verfolgen. Es handelt sich um **das Volk als Rechtsgemeinschaft, als Instanz der Souveränität in der demokratischen Staatsordnung**.

Dass sich über diesen »Zusammenhang«, der ja in fundamentaler Hinsicht, wie sich leicht erkennen lässt, in der Moderne das Integral nicht nur aller anderen Reformaspekte, ja des Politischen schlechthin ist, weder im Koalitionsvertrag noch in der Regierungserklärung etwas findet, ist einerseits um so erstaunlicher, als in Hinblick auf die Wahl im September, deren Ausgang uns schließlich die Große Koalition bescherte, häufiger als je zuvor *der* »Souverän« bemüht wurde, der nun mal so entschieden habe [dabei war freilich bei diesem Wort von nichts anderem die Rede als von der »Ansammlung von Individuen«, die sich an der Wahl beteiligten, die aber nicht oder allenfalls als Minderheiten das gewählt hatten, was die Koalition nun für das Ganze umzusetzen sich »vorgenommen« hat.

Andererseits verblüfft, dass offensichtlich vonseiten der Sozialdemokraten offensichtlich keine Initiative auf den Tisch der Koalitionsgespräche kam, jenes Reformvorhaben zu thematisieren und ultimativ dafür einzutreten, für welches sie mit ihrem früheren Koalitionspartner, den Bündnis-Grünen, in der vorletzten Legislaturperiode noch einen Gesetzentwurf eingebracht hatten, diejenige Aufgabe betreffend, welche die Initiative »Wir sind Deutschland« dem Bundestag jetzt als außerparlamentarisches Projekt unterbreitet hat: nämlich **die Regelung der dreistufigen Volksgesetzgebung [Volksinitiative, Volksbegehren, Volksentscheid]** als rechtslogische Bedingung dafür, um überhaupt den Entwicklungsstand einer mündigen Demokratie erreicht zu haben, in welcher das Volk als Rechtsgemeinschaft, als Instanz der Souveränität sich bilden und handeln kann und erst durch die **Potentialität**, die jederzeit selbstbestimmt in die **Aktivität** eintreten kann, die Voraussetzung geschaffen ist für die demokratische Legitimation des Handelns der abgeleiteten Staatsorgane [der Legislative, der Exekutive und Judikative].

Allein diese Souveränität des Volkes ist das, was moderne Gesellschaften »zusammenhält« - nicht das gleichwohl auch wünschenswerte »ehrenamtliche« private Engagement »in ungezählten Kultur-, Musik- und Gesangsvereinen«, von dem die Bundeskanzlerin in der Regierungserklärung – wieder von Beifall der Koalitionsparteien und Abgeordneten der FDP begleitet – gesprochen hat. ...

Wer »Deutschland«, wie Frau Merkel das demonstrativ wiederholt, wirklich »selbstlos dienen will«, sollte sich dafür einsetzen, dass das »größte aller Kunstwerke, der Bau einer wahren politischen Freiheit« [Friedrich Schiller] auf dem tragfähigen Fundament der zeitgemäßen sozialen Architektur errichtet wird. Dieses Fundament ist das, was wir hier als die dreistufige Volksgesetzgebung bezeichnen.

Waren es nicht gerade die »Ostdeutschen«, von denen die Kanzlerin feststellte, es sei ihre »historische Leistung« gewesen, »friedlich eine Diktatur zu überwinden«, die an die Spitze dieser »Leistung« den Schlachtruf gestellt hatten: **Wir sind das Volk!?** – nicht »freie Wahlen« und ähnliches war die Parole; sondern die **Volkssouveränität** stand 1989 auf der Tagesordnung und wurde dann zu schnell von anderem zugedeckt, überlagert, noch ehe es aus den unterbewussten Regionen ins helle Licht der Denkens gehoben werden konnte. Diejenigen, die es versuchten, hatten bald keine Chance mehr, diese Errungenschaft nicht nur als den Sieg der Demokratie im Untergang der DDR, sondern auch als den Sieg für ganz Deutschland, für Deutschland als geschichtliche »Schicksalsgemeinschaft«, zu retten und alles Weitere darauf zu gründen. Der Weg der Vereinigung wäre ein anderer geworden, wenn diese Errungenschaft an der Spitze des Prozesses gestanden hätte bzw. stehen würde.

Nun, zwar sind wir in dieser Hinsicht auch im vereinigten Deutschland noch nicht weitergekommen, aber für Fortschritte dieser Art ist es historisch nie zu spät – auch wenn Verschleppungen oft viel Schaden und Unheil mit sich bringen. Darum appellieren wir am Anfang des

Weges der Großen Koalition an die Fraktionen beider Seiten, das 1989 und danach Versäumte jetzt in die Agenda des 16. Deutschen Bundestages aufzunehmen.

Bitte beherzigen Sie die Aufforderung der Bundeskanzlerin und verzichten Sie bei der Wahrnehmung unseres Anliegens »auf reflexhafte Aufschreie«, wie es sich in der Vergangenheit schon so manches Mal gegeben hat, wenn diese Materie den Deutschen Bundestag beschäftigte – was seit 1984 mehr als ein halbes Dutzend Mal der Fall war. Wenden Sie sich stattdessen mit der von der Sache geforderten gelassenen Aufmerksamkeit den Unterlagen zu, mit denen wir unsere »Öffentliche Petition« darstellen und begründen. Sie finden alles Erforderliche auf unserer Homepage unter www.wirsinddeutschland.org.

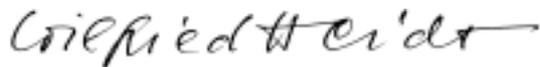
Und überlassen Sie es bitte nicht nur Ihren Vertreterinnen und Vertretern im Petitionsausschuss, dass sie Ihnen eine »Beschlussempfehlung« vorlegen, welcher Sie dann folgen. Die Sache geht alle an, alle Bürgerinnen und Bürger Deutschlands, das ganze Gemeinwesen und zuzörderst jene »lieben Kolleginnen und Kollegen«, denen sich der neue Bundestagspräsident in seiner Antrittsrede zuwandte und sagte, der Ort, an dem Sie Verantwortung für das Ganze tragen, der Deutsche Bundestag, müsse »auf ganz besondere Weise« der »Botschaft«, die von der »ehrgeizigen Kampagne ‚Wir sind Deutschland‘« ausgehe, Beachtung schenken: er müsse »diesen Anspruch im Alltag einlösen.«

Und weil ja auch für die Abgeordneten gilt, was Frau Dr. Merkel zum Verhältnis von »Land der Ideen« und »Regierung der Taten« aufgeführt hat, gilt es, sich erst zu vergewissern, welches die wesensgemäße **Idee** ist, an welcher die **Tat** orientiert werden soll. Das gilt natürlich auch für das vorliegende Projekt, zu dessen Unterstützung wir Sie aufrufen wollen. Bitte nehmen Sie sich – trotz aller Pflichten des Alltäglichen – für diese Vergewisserung die Zeit, deren es bedarf, um sich den Sachverhalt kompetent vor Augen zu stellen.

Im übrigen freuen wir uns über jede Zuschrift von Ihnen. Auch an jedem Gespräch sind wir interessiert.

Mit besten Grüßen!

Für die Initiative »Wir sind Deutschland – Volksgesetzgebung jetzt!«



[Wilfried Heidt]